

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

- XXIV/121

Bonn, den 1. Juli 1969

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Der neue Bundespräsident</u> Zum Amtsantritt von Gustav Heinemann	30
2	<u>Sinnvoll für das Ganze</u> Europäische Einigung wieder auf der Tagesordnung	42
2 - 4	<u>Neue Chancen für die deutsch-französische Zusammenarbeit?</u> Vor dem Treffen Brandt - Schumann in Paris Von Georg Scheuer, Paris	63

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Kein Verzicht auf friedensvertragliche Regelung
Brandt: Gewinnen und bewahren von Deutschland für die Deutschen
Werner: Zwei Konstanten in der Deutschlandpolitik
Schmidt: Legitime Interessen des eigenen Volkes im Auge behalten
Große Koalition formulierte Politik des Ausgleichs
Gesamtdeutsches Institut beginnt Arbeit
Vorurteilslose Unterrichtung gefordert
Unterstützung für den Paten Westpreußen
Gedenktafel für Jaksch

Der neue Bundespräsident

Zum Amtsantritt von Gustav Heinemann

G.K. - Gustav Heinemann, der neue Bundespräsident, hat sich die Aufgabe gestellt, ein Präsident aller Bürger unseres Staates zu sein. Schon jetzt nennt man ihn Bürgerpräsident, was wohl sagen soll, daß er die Würde seines Amtes von der Vernunft herzuleiten gedenkt und nicht vom Titel oder gar vom Protokoll.

Zeit seines Lebens hat Gustav Heinemann die Vernunft bei allen seinen Handlungen walten lassen. Er drängt sich niemandem auf, aber er verachtet auch nicht darauf, zu sagen, was er denkt - wenn er es für notwendig hält.

Dieser Präsident wird kein bequemes Staatsoberhaupt sein. Weder Schmeichelei noch eine drängende Staatsapparatur werden ihn daran hindern, das eigene Urteil zu suchen. Und wenn er dies gefunden hat, werden wir es hören; ohne Schönfärberei.

Vergleiche mit früheren Staatsoberhäuptern anzustellen, mag der Geschichtsschreibung vorbehalten bleiben. Ein durch Erfahrung, Rückschlüsse und Erfolge geprägter und gereifter Mensch sucht keine Vergleiche; er ruht in sich selbst und verwaltet das ihm anvertraute Amt so, wie es sein Gewissen ihm vorschreibt. Nicht immer ist hierbei die Kraft des Wortes von letzter Bedeutung; entscheidend ist auch die Glaubwürdigkeit und das von ihr ausstrahlende Verantwortungsbeußtsein. Selbst frühere politische Gegner des neuen Bundespräsidenten bescheinigen diesem, daß er beides besitzt.

Gustav Heinemann ist ein auch im Ausland hochgeachteter Deutscher. Nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten gab es nirgendwo ernstzunehmende Kritik. Heinemanns politisches Lebenswerk, seine Haltung in den grauvollsten Jahren unserer jüngsten Geschichte bedeuten, nun da er Bundespräsident ist, für uns Deutsche mehr als viele vielleicht ahnen mögen. Auch deswegen können wir froh und stolz sein, daß Gustav Heinemann jetzt an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland steht.

Sinnvoll für das Ganze

Europäische Einigung wieder auf der Tagesordnung

sp - In allen westeuropäischen Staaten wird zur Zeit überlegt, wie das europäische Einigungswerk vorangebracht werden kann. Zahlreiche Pläne und Vorschläge, erarbeitet von Organisationen und Regierungen, kursieren zwischen den Hauptstädten Europas und sind Gegenstand zum Teil heftiger Diskussionen. Allen diesen Überlegungen ist gemeinsam:

- * Man erkennt an, daß der wirtschaftlichen Integration des Europa der Sechs nicht unbedingt sofort die politische Integration folgen müsse.
- * Man weiß, daß die Festigung und auch die Ausweitung der bisherigen wirtschaftlichen Integration begleitet werden müßte von einer gemeinsamen Finanz- und Währungspolitik.
- * Man ist sich bewußt, daß die Lösung der agrarpolitischen Probleme im europäischen Raum nach wie vor eine der schwierigsten Aufgaben bleibt.

Bundesaußenminister Willy Brandt hat am Montag in der Konferenz der in den westeuropäischen Staaten akkreditierten deutschen Botschafter erklärt, die These sei zu einfach, daß das gegenwärtige System keinen Tag länger fortgesetzt werden könne. Gewiß dürfe es keine Finanzierung sinnloser Überproduktion geben; andererseits müsse man aber zu Opfern bereit sein, sofern der Sinn solcher Opfer klar geworden sei und diese wirklich zu einer europäischen Agrarpolitik hinführen.

Es ist verständlich, daß die von den Regierungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ausgehenden Vorschläge zur Lösung agrarpolitischer Probleme zunächst von den Gegebenheiten in der eigenen Landwirtschaft ausgehen. Deshalb hat das Monnet-Komitee für die Vereinigten Staaten von Europa jetzt unabhängig von den interessierten Regierungen Vorschläge ausgearbeitet, die am 15. Juli in Brüssel der Öffentlichkeit übergeben werden sollen.

Die Ausarbeitung für den Sektor Agrarpolitik hat der frühere Landwirtschaftsminister de Gaulles, Pisani, übernommen. Pisani gilt als hochqualifizierter Fachmann. Man darf daher gespannt sein, wie er als Franzose, aber auch als überzeugter Europäer die Lösung der äußerst schwierigen agrarpolitischen Probleme der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sieht.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist bereit, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um das europäische Einigungswerk zu fördern. Hierbei geht sie von der Voraussetzung aus, daß die Mitgliedstaaten der EWG mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten zusammenarbeiten, daß niemand eine sogenannte Führungsrolle zu übernehmen gedenkt und daß auch die Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durch beitrittswillige Staaten in einer Form erfolgt, die vielleicht notwendig werdende Opfer sinnvoll für das Ganze erscheinen läßt.

Neue Chancen für die deutsch-französische Zusammenarbeit?

Vor dem Treffen Brandt - Schumann in Paris

Von Georg Scheuer, Paris

Dem bevorstehenden Besuch von Bundesaußenminister Willy Brandt bei dem neuen französischen Außenminister Maurice Schumann am 4. Juli wird schon jetzt in Paris große Bedeutung beigemessen. Formell handelt es sich um ein "Routinetreffen" im Rahmen des deutsch-französi- schen Vertrages. Tatsächlich ist dies aber das erste Außenminister- Gespräch seit dem Präsidenten- und Regierungswechsel in Frankreich. Verschiedene Erklärungen des neuen Premierministers Chaban Delmas deu- ten darauf hin, daß man wohl keinen plötzlichen Kurswechsel zu erwar- ten hat, daß aber eine Überprüfung verschiedener Punkte der französi- schen Außenpolitik eingeleitet ist.

Das gilt nicht nur für den Nahen Osten - wo eine Revision des ein- seitig gegen Israel gerichteten Embargobeschlusses im Gange ist, son- dern auch für andere außenpolitische Probleme und insbesondere für Europa und für das deutsch-französische Verhältnis.

Seit der Währungskrise im Herbst 1968 war die Atmosphäre zwischen Bonn und Paris merklich abgekühlt. Während des französischen Wahlkamp- fes waren die Erklärungen von Bundeskanzler Kiesinger in Japan kein Beitrag zur Besserung der getrübbten Beziehungen zwischen Bonn und Pa- ris. Die betonte Zurückhaltung von Bundesaußenminister und Vizekanzler Brandt wurde in Paris geschätzt. Schließlich zeigte die Unterzeichnung des deutsch-französischen Airbus-Vertrages Ende Mai wieder die Chan- cen und Möglichkeiten fruchtbarer Zusammenarbeit.

Ebenso wie General de Gaulle sehen auch Präsident Pompidou und die Regierung Chaban Delmas-Schumann europäische Probleme im unlösba- ren Zusammenhang mit der internationalen Entwicklung. Nixons Rumänien- Reise ist hierfür eine deutliche Illustration. Paris wünscht nach wie vor die Mitsprache Europas in den großen weltpolitischen Gesprächen und Entscheidungen der Gegenwart. Vor allem wünscht man hier eine ent- sprechende europäische Stellungnahme zu dem sowjetischen Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz!

Man verfolgt in Paris mit besonderer Aufmerksamkeit die neuen

weltpolitischen Verschiebungen im Zusammenhang mit der wachsenden Spannung zwischen Moskau und Peking. So konstatiert man, daß Washington und Moskau jetzt im Hinblick auf mögliche Konflikte mit China eine Reihe von diplomatischen und politischen Kontakten suchen, die noch vor einiger Zeit unvorstellbar waren.

Auf dieser Linie liegen, nach französischer Auffassung, nicht nur die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Moskau und Washington, sondern auch sowjetische Gespräche mit Formosa, ein schrittweises Nachgeben des Kreml im Nahen Osten und nicht zuletzt ein "neues Verhalten" der Sowjets zu Bonn. Man vermerkt in Paris auch mit größtem Interesse die veränderte Stellung Polens, insbesondere Gomulkas Rede vom 16. Mai.

Aus Pariser Sicht ist diese Entwicklung schon so weit fortgeschritten, daß hier bereits wieder - wie schon mehrmals bei ähnlichen Anlässen - das "Rapallo-Gespenst" entdeckt wird. So befürchtet "Le Monde" dieser Tage allen Ernstes, Deutschland könnte sich aus Enttäuschung über den Westen wieder von der Idee eines "neuen Rapallo" beeindruckt lassen. Dieses Problem sei "für Frankreichs Zukunft mitbestimmend" und es sei daher "ein Glück", daß demnächst im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages ein "Gipfeltreffen" stattfinde, in welchem der neugewählte Präsident Pompidou erstmalig im Namen Frankreichs sprechen werde.

Man ersieht aus den französischen Äußerungen und Überlegungen, daß auch am Quai d'Orsay ebenso wie im Elysée einiges im Fluß ist. Die französische öffentliche Meinung knüpft an diesen neuen Start der französischen Diplomatie nach General de Gaulle große Hoffnungen. Der neuen Regierung ist jedenfalls sehr daran gelegen, ihre europäischen Ansichten und Absichten herauszustellen und vor allem die EWG-Partner, aber auch die EWG-Kandidaten, vom guten französischen Willen zu überzeugen.